
Vorstoss-Nr: 135-2011
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 31.03.2011
Eingereicht von: Näf-Piera (Muri, SP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 0
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 11.05.2011
RRB-Nr: 806/2011
Direktion: BVE

AKW: Sachliche und objektive Information der Regierung

Im Januar 2011 äusserte die Berner Regierung ihre Bedenken über Atomkraft, sie sei veraltet, gefährlich, teuer und unnötig. Anders als die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament lehne die Regierung ein neues Atomkraftwerk im Kanton Bern ab. Dies unter anderem auch deshalb, weil sie das Risiko eines grossen Störfalls der Bevölkerung nicht unnötig zumuten wolle. Darauf reagierte der Grossratspräsident Gerhard Fischer mit einem offenen Brief im Namen des Grossen Rates und warf der Berner Regierung politisch schlechten Stil vor. Sie lasse in ihrer Kommunikation Sachlichkeit und Zurückhaltung vermissen. Die SVP des Kantons Bern hielt fest, Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer habe ihre «Pflicht zur objektiven Information klar verletzt».

Durch die Ereignisse in Japan wird die Sicherheit der Atomkraft nur wenige Monate später völlig anders beurteilt. Es stellen sich zum Brief des Grossratspräsidenten und zur Haltung der Regierung folgende Fragen:

1. Hat die Berner Regierung nach den Ereignissen in Japan einen weiteren Brief des Grossratspräsidenten erhalten, in dem er auf seinen Brief vom Januar zurückkommt?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat seine Aussagen zu den Risiken der Atomkraft vom Januar 2011, insbesondere was die Objektivität und die Sachlichkeit anbelangt?

Antwort des Regierungsrates

Zu Ziffer 1:

Der Regierungsrat hat vom Grossratspräsidenten keinen weiteren offenen Brief erhalten.

Zu Ziffer 2:

Der Regierungsrat hat es im Vorfeld der Abstimmung vom Februar 2011 als seine Pflicht erachtet, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Risiken und Gefahren der Atomenergie zu informieren. 25 Jahre nach Tschernobyl haben die Ereignisse im japanischen Atomkraftwerk von Fukushima der ganzen Welt erneut gezeigt, dass der Atom-GAU



nicht nur theoretisch möglich ist, sondern sich auch in der Realität ereignet und zwar mit dramatischen Folgen. Der Regierungsrat bedauert es sehr, dass zuerst ein derart schlimmes Ereignis eintreten muss, bevor sich weite Kreise unserer Gesellschaft dieser Gefahren wieder bewusst werden. Er ist nach wie vor der Ansicht, dass seine Kommunikation vor der Abstimmung vom Februar 2011 korrekt und angemessen war.

An den Grossen Rat